

Ansprache des Landesvorsitzenden der NRW-SPD Johannes R a u auf dem a.o. Landesparteitag am 05. März 1994 in Rheine

Gabi Behler hat Recht, liebe Freunde: Wir sind eine fleißige Partei. Drei Parteitage in einem halben Jahr, jeweils ein Wochenende, familienfreundlich ist das nicht, aber es ist gut, wenn wir uns den Themen der Zeit zuwenden und wenn unsere Parteitage deutlich machen, daß wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen.

Heute reden wir über junge Menschen und was tut man, wenn man Landesvorsitzender ist seit 17 Jahren und ein bißchen wehmütig mit 63, davon 36 Jahre Delegierter, wenn man sich zurückerinnert, daß man vor 36 Jahren jugendpolitische Anträge begründet hat gegen den Zorn und die Uneinsichtigkeit der Alten und wenn man dann jetzt den Verdacht hat, vielleicht halten die mich auch für einen solchen uneinsichtigen Alten. Das macht ein bißchen wehmütig. Aber heute morgen ist diese Wehmut überstrahlt bei mir von großer Fröhlichkeit und von großer Dankbarkeit. Ich bin nämlich fröhlich darüber und dankbar dafür, daß es in dieser Nacht gelungen ist, den Streik von Deutschland abzuwenden. Viele von uns haben in den letzten Wochen und Monaten Gespräche geführt, Briefe geschrieben, telefoniert, damit man doch noch an einen Tisch kommt, damit eine Lösung gefunden wird in einer wirtschaftlich schweren Zeit, die bei allen Schwierigkeiten zumutbar ist. Ich bin froh darüber, daß das gelungen ist, und ich denke, das sollte auch dieser Parteitag bekunden, auch wenn man die Einzelheiten noch nicht erkennen kann, die da verabredet worden sind.

Liebe Freunde,

wir reden jetzt über Jugendpolitik. Hoffentlich nicht nur, hoffentlich reden wir auch über junge Menschen und mit jungen Menschen, und zwar nicht über sie hinweg. Hoffentlich nehmen wir die ernst, die in unserer Partei die Interessen junger Menschen wahrzunehmen versuchen, und hoffentlich wissen wir gleichzeitig, es gibt noch viele andere junge Menschen, deren Interessen werden nicht nur wahrgenommen von uns, in unseren politischen Gremien, es gibt auch eine Fülle junger Menschen, die haben das Gefühl, ihre Interessen werden gar nicht wahrgenommen.

Darum will ich als meine Meinung jedenfalls sagen: Noch wichtiger als alle Jugendverbandsarbeit, noch wichtiger als alle Jugendpolitik im engeren Sinne ist eine Politik, die jungen Menschen Lebenschancen und Arbeitsplätze gibt, denn die Jugendarbeitslosigkeit ist der eigentliche Skandal.

Das ist deutlich geworden bei den Gesprächen draußen, das habe ich erlebt und erfahren, als ich gestern abend in Nordwalde war, aber eigentlich ist das ja das tägliche Brot, das aus den Briefen spricht und aus den Gesprächen, die wir führen, daß es ein ungeheurer Skandal ist, daß wir in einem Land leben, das zu den reichsten der Erde zählt, und daß doch nicht genug Arbeit zur Verfügung für Menschen, die arbeiten können und die arbeiten wollen. Darum hoffe ich, daß wir das nicht kleinschreiben in den Beratungen dieser Stunde, daß wir mit Jugendlichen reden und nicht über sie.

Wir haben unseren Parteitag vorbereitet mit schriftlichen und mündlichen Anhörungen bis in die vergangene Woche. Franz Müntefering wird gleich den Leitantrag erläutern. Heinz Hilgers wird die Anregungen und Kritikpunkte der Jugendverbände zu unserem Leitantrag darstellen. Dabei muß uns deutlich sein: Das ist jetzt kein Schlußpunkt über eine jugendpolitische Diskussion, sondern es ist hoffentlich der Beginn einer konzertierten Aktion für junge Menschen.

Wir müssen nämlich Menschen dafür gewinnen in Betrieben und Gewerkschaften, Kirchen und Sportvereinen. Wenn wir sie gewinnen wollen, müssen wir uns ihnen stellen, denn was eine Gesellschaft für die nachwachsende Generation zu leisten bereit ist, das entscheidet über ihre eigene Zukunftsfähigkeit.

Wir wollen hören, welche Probleme Jugendlichen zu schaffen machen, und nicht nur erzählen, welche Probleme wir mit Jugendlichen haben. Wir wollen versuchen, stärker vor Ort präsent zu sein, wenn man uns braucht, und wir werden dann schnell erkennen, daß viele junge Menschen abweichen von dem Bild, das die Publizistik von ihnen zeichnet.

Ich habe jedenfalls festgestellt: Junge Menschen messen Werten wie Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft und Ehrlichkeit eine große Bedeutung zu. Ich habe festgestellt, die Sorge über den fehlenden Zusammenhalt der Menschen, über zunehmenden Egoismus quält auch junge Leute. Und gegen alle Panikmache bleibt festzuhalten: Die übergroße Mehrheit der jungen Menschen lehnt Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung entschieden ab. Das muß auch gesagt werden, damit nicht Jugend und Gewalt zu nahe zueinander gebracht werden. Das Gros unserer jungen Menschen ist selbstbewußt, zuversichtlich und gut informiert. Wir entdecken ein hohes Maß an sozialem Engagement, ein wachsendes politisches Interesse.

Wenn man Umfragen glauben darf, und das darf man für einen bestimmten Teil, dann sind neue Arbeitsplätze und der vernünftige Umgang mit öffentlichen Mitteln die ersten Interessen, die junge Menschen formulieren. Es gibt aber auch Unterschiede in der Wahrnehmung zu den Älteren, zu den Erwachsenen. Für Jugendliche folgen Umweltthemen und Abfallvermeidung, insbesondere die Sorge um gesunde und unbelastete Lebensmittel. Mehr Hilfe für die Pflege halten die 18- bis 24jährigen allerdings für weniger wichtig als die Gesamtbevölkerung - kein Wunder, daß die Gewichte so liegen.

Die Zahlen zeigen uns: Es gibt Übereinstimmung bei den wichtigsten Aufgaben, und es gibt bestimmte jugendspezifische Prioritäten. In allen Altersgruppen aber stellen wir viel Kritik an Politikern und politischen Parteien fest, Skepsis gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Ich finde, es ist ein Alarmzeichen, wenn die Hälfte der befragten Jugendlichen sagt, Politik hat mit mir und meinem Leben nichts zu tun. Dann ist es auch kein Wunder, daß fast zwei Drittel keiner politischen Partei mehr etwas abgewinnen können. Daraus zu schließen, die seien resigniert, ist falsch. Wir wissen, viele junge Menschen wollen sich einmischen, aber sie wollen sich nicht binden. Sie engagieren sich in Aktionsgruppen und nicht im Heimatverein, beim Kirchentag, aber nicht in der Gemeindearbeit, in der Bürgerinitiative, aber nicht in politischen Parteien, im Fitness-Center, aber nicht im Sportverein. Sie trauen politischen Parteien keine vernünftigen Antworten zu. Es darf für uns Sozialdemokraten keine Beruhigung sein, daß wir bei den Jungwählern im Vergleich zu den anderen Parteien noch am besten abschneiden.

Wir dürfen uns nicht mit der Rolle begnügen, daß wir unter den Blinden die Einäugigen seien und damit die Könige.

Aber vielleicht haben wir mit dem Parteitag in Wiesbaden Voraussetzungen geschaffen, uns selber der Jugend zu öffnen und uns nicht abzuschotten, auf sie zuzugehen und nicht zu warten, bis sie von selber zu uns kommt. Dann gelingt es uns, junge Menschen zu begeistern, sie zum Mitmachen, zum Einmischen zu gewinnen, und ich hoffe, daß dieser Parteitag dafür Signale gibt. Denn so falsch der Satz ist "Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft", so richtig ist der Satz "Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft". Deshalb müssen wir darüber reden, welche Probleme die Jungen haben und nicht darüber, welche sie uns bereiten.

Daß die Älteren über die Jüngeren skeptisch, kritisch denken, ist keine Neuigkeit. Wir haben das in einem Streit um die 68er Generation schon zitiert. Die Bemerkung "Die Jugend sei von Grund auf verdorben, böse, gottlos und faul" stammt nicht von Ludwig Erhard, sondern sie stand auf einer Lehmplatte, die über 3.000 Jahre alt ist und die im alten Babylon gefunden wurde. Also ist das Verhältnis zwischen Jung und Alt nie spannungsfrei gewesen und Nachgeborene sind immer auch Nachdrängende, und das fordert gelegentlich Klage und Verdacht heraus.

Es gab ja auch einmal eine Skepsis der Jungen gegenüber den Älteren, die war noch stärker als heute. "Trau keinem über 30", habe ich noch im Ohr. Aber wir Älteren sollten daran denken, daß Pablo Picasso einmal gesagt hat: "Man braucht sehr lange, um jung zu werden". Eine Frage der Geburtsurkunde ist das nicht, ob jemand jung ist und Elan hat, oder ob er alt ist und Erfahrung einbringt.

Wir brauchen das Zuschütten der Kluft zwischen den Jungen und den Alten. Dabei sollten wir Älteren wissen, das Jungsein ist auch eine Zeit, in der man gelegentlich auch mit Worten über die Stränge schlägt. Da muß man als Älterer geduldig sein. Denn wir brauchen eine Jugend, die sich nicht abfindet mit dem Status quo, die mit Mut zum Risiko Neues ausprobiert und die weiß, heute sind die Anforderungen an junge Menschen gewachsen. Sie erleben, daß Erfolgsorientierung über die Zukunftschancen des einzelnen entscheidet. Ein Soziologe hat gesagt, das sei nicht mehr die skeptische Generation von Helmut Schelsky, sondern das sei die geprellte Generation, der man die Zukunftschancen weggenommen hätte.

Nun haben wir es mit Bevölkerungsprognosen zu tun, die wir uns genau ansehen müssen, wenn wir zu einem jugendpolitischen Parteitag zusammenkommen. Denn in Nordrhein-Westfalen wird die Zahl derer, die bis zu 19 Jahre alt sind, noch sechs Jahre lang zunehmen, und es wird im Jahr 2.009 immer noch mehr Menschen im Alter von bis zu 19 Jahren geben als im Jahr 1992. Wenn man die Zahl der 16- bis 19jährigen ansieht, also die Zahl derer, die potentiell einen Ausbildungsplatz suchen, dann sind das jetzt 518.000 in Nordrhein-Westfalen. Es werden aber in fünfzehn Jahren 667.000 sein. Ich habe Euch diese Zahlen zugemutet, damit wir wissen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft werden die Jugendlichen keine zu vernachlässigende Restgröße sein, sondern es werden neue Anforderungen an uns gestellt, auch an die Solidarität zwischen den Generationen.

Wir kennen den sozialen Wandel der familiären Beziehungen, den Trend zur Ein-Kind-Familie, den wachsenden Anteil der Alleinerziehenden, die unterschiedlichen Vorstellungen von Partnerschaft, einen immer früher einsetzenden Ablösungsprozeß der Kinder von den Eltern und

die Konsequenz, die sich daraus für die Wohnungspolitik ergibt. Darum müssen wir uns allen Fragen stellen, die junge Menschen uns zurufen oder die sie verschweigen, weil sie von uns keine Antwort mehr erwarten.

Und wenn wir das nicht tun, dann wird auch im Verhältnis der Generationen aus Fremdheit Angst und aus Angst Haß. Wozu das führen kann, das haben wir gegenüber ausländischen Mitbürgern schmerzhaft erfahren. Das waren ja ein paar junge Menschen in Solingen. Ich frage mich noch heute, was hat die bewegt, was mag in den Herzen vor sich gegangen sein. Ich habe von vielen Antworten gehört, aber ich gestehe, ich bin nach wie vor ratlos, ich kann es mir nicht erklären. Ratlosigkeit aber, liebe Freunde, darf kein Vorwand sein für Tatenlosigkeit. Wir müssen nach den Ursachen für wachsende Gewaltbereitschaft suchen und da muß deutlich sein, und das müssen wir sagen, gegenüber Rechtsextremismus und Gewalt unter Jugendlichen wird es auch nicht den Anschein der Duldung geben, was Nordrhein-Westfalen angeht.

Wir müssen im Gespräch bleiben, auch mit denen, die für Gewalt anfällig sind, wenn man sie mir Argumenten noch erreichen kann. Junge Menschen pauschal auszugrenzen, fördert nur die Radikalisierung. Da, wo Straftaten begangen werden, alle Konsequenz in Verfolgung und Strafe, aber ich sage zugleich, dazu reicht das Jugendstrafrecht aus. Wir wollen es nicht verschärft wissen. Wir brauchen nicht Gitter für unsere Jugend, sondern Netze, um sie aufzufangen. Wir dürfen die jungen Menschen nicht abschließen, sondern wir müssen uns ihnen aufschließen, also nicht Jugendstrafe verschärfen, sondern Jugendschutz verbessern.

Die jungen Menschen sind ja nicht vom Himmel gefallen, sie sind Kinder unserer Gesellschaft, auch die, die Gewalt geübt haben. Sie leben in unserer Nachbarschaft. Da äußert sich der Orientierungslose, der verlassene Teil einer Generation, der sich flüchtet in haßerfüllte Verblendung. Die Fragen nach der Verantwortung fallen auf uns zurück. Und wer über gewalttätige und rechtsextremistische Jugendliche reden will, der darf nicht schweigen über die Bedingungen, unter denen viele Jugendliche heute leben müssen. Die jungen Menschen müssen sich in einer Gesellschaft zurechtfinden, die den einzelnen immer mehr sich selber überläßt und ihm dadurch ungeahnte Chancen bietet, ihn aber auch dem Risiko aussetzt, freischwebend abzustürzen in den Ruin der Arbeitslosigkeit, in die soziale Entwurzelung, in die seelische Verwahrlosung.

In der Zweidrittelgesellschaft ist die Gefahr des sozialen Abstiegs für Jugendliche sehr real, Protest und Aufruhr legt das nahe, das ist oft ein Nährboden für Extremismus. Ich wünschte mir, daß wir das in den Diskussionen deutlich machten. Sensationsmeldungen über wachsende Brutalität von Kindern sind nur die halbe Wahrheit. Sie können sogar ablenken von den wirklichen Problemen. Zugenommen hat nicht nur die Bereitschaft zu körperlicher Gewalt, sondern die Zahl der Arbeitslosen in Ost und West und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Zugenommen hat im unteren Drittel unserer Gesellschaft Wohnungsnot, dramatisch zugenommen hat die Zahl der Jugendlichen und der Kinder, die von Sozialhilfe leben müssen. Es ist eine Million Kinder in Deutschland, die auf Sozialhilfe angewiesen sind!

Wenn man den Zusammenhang von Gewaltbereitschaft und sozialem Abstieg nicht wahrhaben will, wenn man sich nur entsetzt über wachsende Brutalität, wenn man in die Rolle des Biedermanns gerät, dann wird man zum Brandstifter und gefährdet den sozialen Frieden und die politische Stabilität. Darum fordern wir eine konzertierte Aktion für die jungen Menschen. Darum müssen wir bei den Problemen ansetzen die Jugendliche haben, und nicht bei den Problemen, die sie machen. Dazu gehört an erster Stelle die Arbeitslosigkeit.

Ende des vergangenen Jahres war jeder achte Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen jünger als 25. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe ist gegenüber dem Vorjahr um fast 16.000

gestiegen. Die Schwelle zwischen der betrieblichen Ausbildung und der Übernahme wird für junge Menschen zunehmend höher. Die jungen Postleute haben uns das heute morgen von sich erzählt. Im letzten Jahr haben sich 38.000 Jüngere nach Ende der Berufsausbildung arbeitslos gemeldet. Das sind 24 % mehr als im Jahr zuvor.

Die Arbeitsämter berichten uns vom Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Abiturienten suchen Ausbildungsplätze in den Betrieben, Facharbeiter drängen in Tätigkeiten für Angelernte und Ungelernte. Das schränkt die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute mit niedrigen Abschlüssen, mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen zusätzlich ein. Der Markt für Ausbildungsstellen gerät zunehmend unter Druck. Bei uns haben sich zum Jahresbeginn rd. 69.000 Bewerber gemeldet; das sind 5 % mehr als im Vorjahr, aber die Zahl der gemeldeten Arbeitsplätze ist 17 % niedriger als im Vorjahr. Diese Schere ist eines unserer großen Probleme. Das hat auch etwas mit der gegenwärtigen Konjunkturlage zu tun. Ganz besonders deutlich wird das in der Textil- und Bekleidungsindustrie, auch hier in Rheine, auch hier im Kreis in den Elektroberufen und in den Metallberufen, in den technischen Berufen.

Darum geht auch von hier noch einmal der Appell an die Betriebe ins unserem Land: Machen Sie aus dem Standortfaktor Berufsausbildung nicht kurzfristig einen Kostenfaktor allein, denn er ist nicht allein ein Kostenfaktor. Er ist auch ein Standortfaktor, wir müssen ihn nutzen. Es wäre doch fatal, wenn die gegenwärtig unbestreitbaren Probleme der Betriebe ganz zu Lasten der Berufsanfänger gingen. Wir brauchen doch, wenn die Konjunktur sich wieder belebt, junge Fachleute, die müssen doch vorher ausgebildet werden. Und darum muß es befristete Chancen zur Übernahme geben, damit berufliche Erfahrung erworben werden kann, damit man die Ausgangsposition auf dem Arbeitsmarkt verbessert.

Wir brauchen auch junge Menschen, die Freiräume suchen und nutzen, damit sie neue Wege gegen können. Was wir nicht brauchen, ist Panikmache mit dem Ziel, junge Menschen vom Studium fernzuhalten. Das brauchen wir nicht! Wir müssen die Chancen, die Wahlmöglichkeiten verbessern. Wir müssen sachgerecht aufklären über die Berufs- und Arbeitswelt. Das wäre soziale Entspannungspolitik, auf die die junge Generation setzt, und die deshalb ihren Namen auch verdient.

Laßt mich zum Schluß sagen: Wir sollten uns nicht einlassen auf die konservativen Zeitkritiker, die uns sagen, das sind alles die Folgen der antiautoritären Revolte von 1968. Die wollen eine Wende in der Pädagogik, die setzen auf hartes Durchgreifen. Ich kenne die Phasen deutscher Geschichte noch, in denen hartes Durchgreifen beliebt war und man meinte, auf diese Weise bringe man junge Menschen in Schwung.

Was autoritäre Erziehung anrichten kann, das hat uns die jüngste Vergangenheit gezeigt, und daß sich rechtsextremistische Orientierungen eher bei autoritär erzogenen Jugendlichen verfestigen, sagt uns jeder Fachmann. Nein, das Rad der Zeit wollen wir nicht zurückdrehen, wir brauchen Menschen, die selbständig handeln können, die flexibel und kreativ sind und Durchsetzungsfähigkeit zeigen, die auf Selbstbestimmung setzen und auf Mitbestimmung, die Raum für die eigene Entwicklung suchen, aber auch klare Grenzen erkennen. Ich halte mich an Friedrich Fröbel, der gesagt hat: Erziehung ist Beispiel und Liebe, sonst nichts. Ich glaube, das reicht.

Dabei werden wir sagen müssen, immer wieder, Freiheit ist etwas anderes als Beliebigkeit. Ernanzipation ist kein Freibrief für Egoismus, zur Selbstbestimmung gehört immer auch Selbstbindung, und Mitbestimmung ist ohne Toleranz nicht zu haben. Allerdings: Nur wer sich selbst akzeptiert, kann den anderen annehmen. Und nach aller Erfahrung nützen die etwas Eigensinnigen dem Gemeinwohl viel mehr als die ganz Angepaßten.

Erziehung zur Emanzipation schließt im Unterschied zu dem, was manche behaupten, die Vermittlung von Pflichtgefühl nicht aus, sondern ausdrücklich ein. Wen man das einsehen will, braucht man ein wenig Lebenserfahrung und ein Quentchen gesunden Menschenverstandes.

Wir brauchen keine Sorge zu haben, wir stehen nämlich für kulturelle Vielfalt, für ein Europa der Regionen, für lokale Heimatverbundenheit, und weil wir das tun, können wir dem Nationalismus eine Absage erteilen. Wir wollen Patrioten sein, wir wollen Leute sein, die ihr Vaterland lieben, aber nicht Leute, die die Vaterländer der anderen verachten. Das ist der Unterschied zwischen Nationalismus und Patriotismus.

Liebe Freunde, aber auch in der Erziehung ist das wichtig, was für die Politik gilt: Glaubwürdigkeit gewinnt man zurück, wenn man tut, was man sagt, und sagt, was man tut. So einfach ist das!

ltp/raulpt/kb

Protokollführung: Erika Opper/Birgit Zoerner

beglaubigt durch die Präsidiumsmitglieder
Friedhelm-Julius Beucher und Christina Riesenbeck

IMPRESSUM:

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 3, 40217 Düsseldorf
März 1994

- 2 -

MANDATSPRÜFUNGS- UND WAHLKOMMISSION

Günter	H a r k e	Bezirk OWL
Dieter	H i l s e r	Bezirk NR
Volkmar	K r e t k o w s k i	LKK
Gisela	L e h w a l d	Bezirk WW
Wilfried	M i t t e l b e r g	LKK
Herbert	N i l g e s	LKK
Brigitte	R ü f e r - S c h l e i d	Bezirk MR
Rainer	V e r h o e v e n	LKK

TOP 3**Beschlußfassung**

Die vorgelegte Tagesordnung und die Geschäftsordnung wurden einstimmig beschlossen.

TOP 4**Ansprache**

Die Ansprache des SPD-Landesvorsitzenden **Johannes Rau** ist im Anhang dokumentiert.

TOP 5**Bericht der Madatsprüfungskommission**

Rainer Verhoeven erstattete den Bericht über die Mandatsprüfung.

Von 319 Eingeladenen waren 297 anwesend. Es entfielen auf die Bezirke:

Westliches Westfalen	141 von 141
Ostwestfalen-Lippe	25 von 29
Niederrhein	61 von 73
Mittelrhein	51 von 57.

Der Landesvorstand (19) war vollzählig erschienen.